

KGW's Rundschreiben

**24.01.2025**
Seite 1 von 7

Deutschland, Europa und die Welt

Der **Wahlkampf** zur bevorstehenden Bundestagswahl hat begonnen und die Parteien geizen nicht mit Versprechungen. Umfragen zeigen, dass 3 von 4 Menschen in Deutschland mit der politischen und der gesellschaftlichen Lage unzufrieden sind. Die Grünen stellen ihre Transformation in den Mittelpunkt. Unserer Meinung nach gibt es bei der trüben Gegenwart kein Licht, was die Zukunft bis 2030, erst recht nicht bis 2050 ausleuchtet. Die Probleme der Gegenwart sind anzugehen, d.h. Stärkung der Wirtschaft und des Mittelstandes. Nur eine gesunde Industrie erhält unseren Wohlstand. Verteilungskämpfe angesichts der Krise der deutschen Industrie zu führen, widersprechen der wirtschaftlichen Realität. Unserem „Noch-Kanzler“ Olaf Scholz wurde das Vertrauen entzogen, weil er das nicht mitgebracht hat, was man als bundesdeutscher Kanzler benötigt. In der Bevölkerung war und ist er größtenteils unbeliebt. Wenn er erneut als Spitzenkandidat der SPD antritt, kann man lediglich sein hohes Selbstbewusstsein bewundern. Ohne eine Lichtgestalt, die die Wähler begeistert, wird diese altehrwürdige Partei SPD bei der Bundestagswahl wahrscheinlich deutlich abgestraft. Die Wählerinnen und Wähler werden im Februar entscheiden, wie sie das Platzen der Ampel durch Christian Lindner bewerten. Für die FDP gilt es, die 5%-Hürde nicht zu reißen. Sonst wäre die nächste Regierungsmannschaft womöglich schwarz/rot.

Trotzdem am Ende des Jahres so manche Kerze der Hoffnung brannte, hat sich die Dunkelheit über Deutschland ins **Jahr 2025** übertragen. Geblieben sind Erwartungen, dass es am Jahresende doch nicht so schlimm wird, wie am Anfang befürchtet. Am 23. Februar entscheiden ca. 59,2 Mio. Wählerinnen und Wähler über den neuen Bundestag. Die dann Gewählten entscheiden mit, ob wir statt einer Null (es wäre das dritte Jahr in Folge) einen Aufschwung, ein Wachstum in Deutschland bekommen. Bei uns steigt seit Mitte 2022 die Arbeitslosigkeit, die in diesem Jahr auf 3 Mio. Arbeitslose zusteuert. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass mehr konsumiert wird, was die Konjunktur anheizen könnte. In 2024 lag die Kaufkraft der Pro-Kopf-Löhne bei ca. 2,8%. Das stärkte die Verhandlungsposition der Gewerkschaften. In diesem Jahr liegt die Kaufkraft bei (prognostizierten) 0,8%, was die Gewerkschaften schwächt. Die Menschen in Deutschland sind verunsichert, konsumieren weniger und sparen gemäß deutscher Mentalität einen „Notgroschen“. Zum Glück ist die Zeit der Hochinflation vorbei, sodass lt. den Experten der EZB¹ die Teuerungsrate bei knapp über 2% stehengeblieben ist. Wenn allerdings die Konjunktur schwach bleibt, wird man bis September 2025 den Einlagensatz auf 1,75% senken. Wenn es so kommt, wird man die volle Auswirkung erst 2026 spüren. Seit ca. 20 Jahren läuft das Produktivitätswachstum Deutschlands dem der USA hinterher. Es müssen die Weichen gestellt werden, damit die Innovationskraft verbessert wird (z.B. Investitionen in produktivitätssteigernde Software). Deutschland ist ein Exportland. Rund 42% des deutschen Inlandseinkommens stammen aus dem Verkauf von Waren und Dienstleistungen im Ausland. Von den deutschen Exporten gehen knapp 10% in die USA. Jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt am Export. Ängstlich schaut man in die USA, denn Donald Trump hat angekündigt, dass alle Importe mit einem Zoll von 10-20% belegt werden und Einfuhren aus China sogar bis zu 60%. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist geschrumpft;

¹ Europäische Zentralbank

darunter leidet besonders der Export. Gründe sind die Bürokratiewut Deutschlands sowie der EU, hohe Energiepreise sowie Steuern. Kommt es zum Zollschock, ist Amerika gut beraten, sich bis Mitte 2025 noch mit Gütern aus Deutschland einzudecken. Sollte es so weit kommen, bedeutet das für uns Deutsche Wohlstandseinbußen. Es sei denn, man würde Donald Trump an die transatlantische Freundschaft erinnern und ihn auch davon überzeugen.

Schon heute basteln die Parteien an Plänen, was man ihren Bundesbürgern alles Gutes nach der Bundestagswahl tun kann. Die Wirtschaftswoche Nr. 52 vom 20.12.2024 beziffert den Finanzbedarf für Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz in den nächsten 10 Jahren auf 600 Mrd. €. Ohne neue Schulden zu machen, ist das nicht zu stemmen. Ob man ein neues Sondervermögen (was auch Schulden sind) auflegt oder an der Schuldenbremse dreht, bleibt abzuwarten.

Unzweifelhaft blockiert die ausufernde Bürokratie die Wirtschaftsleistung. Würde man sie einschränken, würde das nichts kosten, aber viel einsparen. Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst würde nicht weiter steigen. Es würden Stellen gestrichen, die sich um die Verwaltung der Verwaltung kümmern.

In den USA spendete Elon Musk ca. 130 Mio. US\$ für Donald Trump als Wahlkampfhilfe. Als Gegenleistung wird er eine neue Abteilung bekommen, welche den Beamtenstaat eindämmen soll und Bürokratie abbaut. Kurzfassung: Weniger Bürokraten produzieren weniger Bürokratie! Homeoffice als Privileg für Bundesbedienstete will er abschaffen. Der „DOGE-Plan“ (Department of Government Efficiency) könnte für Berlin als Blaupause dienen. Ein weiterer Großspender (Vivek Ramaswamy) wird beratend in dieser Abteilung mitwirken, wo man den Bundeshaushalt um 500 Mrd. US\$ kürzen will. In einem Gastkommentar (Handelsblatt vom 19.12.2024) wird das Programm der beiden „Abteilungsleiter“ schon heute als gescheitert beschrieben.

In der Bundesrepublik und auf EU-Ebene fehlen durchsetzungsstarke Persönlichkeiten, die unsinnige Projekte stoppen. Ob es die Personalkosten der Ministerien oder die der Sozialsysteme bis hin zu den Projekten für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind. Deutschland hat kein Einnahmeproblem (2023 flossen 1,9 Billionen € in die Staatskassen). Wir drohen an staatlichen Verpflichtungen und sinkender Wettbewerbsfähigkeit zu ersticken. Ein reformierter Bundesrechnungshof, ausgestattet mit entsprechenden Kompetenzen, Missstände aufzudecken, zu beseitigen und Bürokratiewut auf ein Minimum abzubauen, würde Deutschland und Europa helfen. Lähmung bedeutet Stillstand. Was wir für die künftige Stabilität brauchen, ist eine „Agenda 2030“ – also ein sofortiger Kurswechsel!

Am 20.01.2025 beginnt die zweite Amtszeit des Donald Trump als amerikanischer Präsident. Mit Howard Lutnick hat er einen Wirtschaftsminister ausgewählt, der wie er ein überzeugter Verfechter von Strafzöllen ist. Mit Blick auf China versucht sich die EU weitgehend von diesem Handelspartner zu lösen und nennt es „Derisking“. Die Globalisierungsgegner in den USA sprechen es offen aus und sagen „Decoupling“. Bei Zuspitzung des Konflikts muss sich nicht nur Deutschland, sondern die gesamte EU für eine Seite entscheiden. Da die deutsche Wirtschaft extrem abhängig von China ist, fällt die Entscheidung nicht leicht. In 2024 machten die deutschen Direktinvestitionen in China 57% der gesamten EU-Investitionen aus (2023 = 62%). Den hauptsächlichen Anteil hieran hatte die Autoindustrie. Ohne Schonfrist wird Trump im Januar Zölle, besonders für Autos chinesischer Hersteller, von ca. 60% aufrufen. Deutschland bezeichnet er als „Mini-China“ und wird mit ähnlichen Zöllen seine Abneigung gegen Deutschland zeigen. China wittert seine Chance und versucht,

Deutschland sowie die EU auf seine Seite zu ziehen. Das wiederum wird die transatlantischen Beziehungen nicht verbessern und Konflikte mit Washington werden nicht ausbleiben. Eine besondere Schwachstelle ist das 5G-Netz, wo sich Deutschland von China abhängig gemacht hat. In den USA hat man mit Sicherheit noch im Kopf, dass Berlin sich vehement gegen Zölle auf chinesische Autos bei der Einfuhr in die EU gewehrt hat.

Anfang des vergangenen Monats teilte die Volksrepublik mit, künftig weder Gallium² noch Germanium³ in die USA zu exportieren. Jan Giese (Rohstoffhändler TRADIUM GmbH, Frankfurt a.M.) erklärte, dass es in der EU keine staatliche Institution gäbe, die kritische Rohstoffe lagert. Unternehmen, die Seltene Erden benötigen, sind selbst für die Beschaffung verantwortlich. Diese sind allerdings sehr zurückhaltend, weil die Kapitalbindung sehr hoch ist. Die EU hat Produzenten von Aluminium und Zink aufgefordert, eine eigene Produktion von Gallium und Germanium zu prüfen. Evangelos Mytilineos vom griechischen Industrie- und Energieunternehmen Metlen Energy & Metals will von der EU Abnahmegarantien, bevor man investiert. Bisher hat es die nicht gegeben. Der Marktanteil Chinas bei allen Seltenen Erden liegt bei 92%, bei der Verarbeitung von Seltenen Erden zu Magneten sogar bei 94%. Liefert China keine Seltenen Erden mehr nach Deutschland, dreht sich kein Windrad, dreht sich auch kein Elektromotor und Mobiltelefone bleiben still. Ab 2030 will die EU nicht mehr als 70% des jährlichen Bedarfs aus einem einzigen Drittland importieren. Das ist wohl nur eine Absichtserklärung, denn der Rückstand gegenüber China beträgt mindestens 10 Jahre.

In den letzten 25 Jahren hat der Westen die Förderung mehr als stiefmütterlich behandelt. Heute ist China beim Lithium⁴ in der Poleposition (ca. 60%). Den Restanteil haben sich chinesische Investoren gesichert. Mit der weltweiten Mobilwende wird der Bedarf bis 2040 um das neunfache steigen. In Portugal, Schweden und Lappland gibt es Lithiumvorkommen, aber an einen Abbau ist noch längst nicht zu denken. Die serbische Regierung hat 2022 mit der Rio Tinto⁵ einen Vertrag geschlossen und sie verpflichtet, im Jadar-Tal Lithium abzubauen und das Erz zu Lithiumkarbonat weiterzuverarbeiten. Jährlich 58.000 to waren geplant. In der EU deckt das 17% des Bedarfs und reicht aus, um 1,1 Mio. E-Autos zu produzieren. Man hat aber nicht mit massiven Demonstrationen der heimischen Bevölkerung gerechnet, die den Start bisher verhindert haben. Bis zur Zulassung einer solchen Anlage kann es 5, aber auch 10 Jahre dauern.

Bei dem russischen Angriff auf die Ukraine geht es auch um die Rohstoffe des Landes. Bei Schewtschenko befindet sich eines der größten Lithium-Vorkommen Europas. 30 Rohstoffe hat die EU als kritisch eingestuft, 22 davon hat die Ukraine. Nach China hat die Ukraine mit 500.000 to das größte Gallium-Vorkommen. Die Bodenschätze in der gesamten Ukraine werden lt. dem kanadischen SecDev⁶ auf 26 Billionen US\$ geschätzt (Gebiete unter russischer Kontrolle

² Gallium ist ein selten vorkommendes chemisches Element mit dem Elementsymbol Ga und der Ordnungszahl 31. Es ist ein silberweißes, leicht zu verflüssigendes Metall. Gallium finden sich vor allem in der Hochfrequenztechnik, beispielsweise für HF-Transistoren, und in der Optoelektronik, beispielsweise für Leuchtdioden. (Quelle: Wikipedia)

³ Germanium ist ein chemisches Element mit dem Elementsymbol Ge und der Ordnungszahl 32. Germanium ist ein glänzend graues, hartes, sprödes Halbmetall (manchmal wird es noch zu den Metallen gezählt). Der größte Produzent von Germanium ist China. Germanium wird hauptsächlich als Halbleiter in der Elektronik verwendet, doch es gibt auch einige Anwendungen in der Medizin. (Quelle: Wikipedia)

⁴ Lithium ist ein chemisches Element mit dem Symbol Li und der Ordnungszahl 3. Es ist ein Leichtmetall und besitzt die geringste Dichte der unter Standardbedingungen festen Elemente. Da Lithium ein sehr niedriges Normalpotential besitzt, kann es in Batterien als Anode verwendet werden. Diese Lithium-Batterien haben eine hohe Energiedichte und können eine besonders hohe Spannung erzeugen. (Quelle: Wikipedia)

⁵ Die Rio Tinto Group (kurz Rio Tinto) ist ein börsennotiertes Bergbauunternehmen mit Sitz in London und Melbourne. (Quelle: Wikipedia)

⁶ Die SecDev Group ist eine kanadische Beratungsfirma für digitale Risiken und Belastbarkeit. (Quelle: Wikipedia)

eingerechnet). Der Wiederaufbau der Ukraine wird auf 8 Billionen US\$ geschätzt, also erheblich weniger als die Rohstoffvorräte. Diese Zahlen sind Selensky, Trump und auch Putin bekannt.

Erstmalig wurde vor 143 Jahren die Erderwärmung aufgezeichnet. Das Jahr 2024 wurde als heißestes Jahr aufgeführt. Dennoch wird die Vorgabe, die globale Erderwärmung auf 1,5 °C zu beschränken, wahrscheinlich nicht erreicht. China investiert im Augenblick sehr viel in Fotovoltaik und Windkraftanlagen. Sonne und Wind deckten noch kürzlich 50% des deutschen Strombedarfs ab. Auch wenn sich diese Zahlen positiv anhören, reicht es nicht. Die US-Behörde EPA⁷ schätzt, dass jedes Grad mehr rund 12% der globalen Wirtschaftsleistung kostet. Die CO₂-Reduktion hat McKinsey mit 8,8% des BIP (Bruttoinlandsprodukt) geschätzt. Die Investitionen dazu machen allerdings nur einen Bruchteil aus. Die CO₂-Emissionen wachsen insgesamt nicht so wie in den vergangenen Jahren, aber das Ziel, diese bis 2030 um 27 Gigatonnen zu reduzieren, um dann 2030 bei 0 zu liegen, wird mit Sicherheit nicht erreicht. Eine weitere Bestandsaufnahme von McKinsey zeigt, dass bisher lediglich 10% des nötigen Umbaus auf klimaschonende Technologien erreicht sind. Die Dekarbonisierung bei Schiffen, LKWs, Stahlerzeugung, Langstreckenflügen kommt noch nicht einmal im Schrittempo weiter, weil es einfacher ist, in diesen Sektoren Erdgas, Kohle und Öl einzusetzen. Aufstrebende Volkswirtschaften haben einen wachsenden Energiehunger, also auch einen steigenden CO₂-Ausstoß. Der frühere und neue Präsident Donald Trump hat zwar angekündigt, dass nationale Klimabemühungen und die Mitarbeit an internationalen Projekten weitgehend eingestellt wird, aber es ist unwahrscheinlich, dass alle Initiativen, die bereits laufen und bei denen die USA beteiligt sind, gestoppt werden können.

Wachstum der Nationen ging in den letzten 200 Jahren immer mit ansteigendem CO₂-Ausstoß einher. Schwellen- und Entwicklungsländer haben bisher auf Wachstum zugunsten von globalem Klimaschutz verzichtet und deshalb macht es Sinn, dass künftig Wirtschaftswachstum vom CO₂-Ausstoß entkoppelt wird. Gemäß Berechnung der IEA⁸ stieg weltweit die Solarenergieleistung von 2010 bis 2023 um den Faktor 40 und bei Windstrom gab es eine Steigerung um das 6-fache auf ca. 500 Gigawatt. Aber auch das ist zu wenig, denn bis 2030 sind 7.300 Gigawatt angepeilt. Dazu müssten 1000 Mrd. US\$ pro Jahr investiert werden, aber als Beispiel 2023 waren es nur 623 Mrd. US\$.

Nicht nur in den wachsenden Schwellenländern gibt es Energiehunger, sondern den hat auch die KI (künstliche Intelligenz). Eine Harvard-Studie sagt aus, dass allein die Rechenzentren der USA ihren Energieverbrauch von 2018 bis heute verdreifacht haben. Indien sowie auch China „befeuern“ ihre Anlagen noch mit Öl und Kohle.

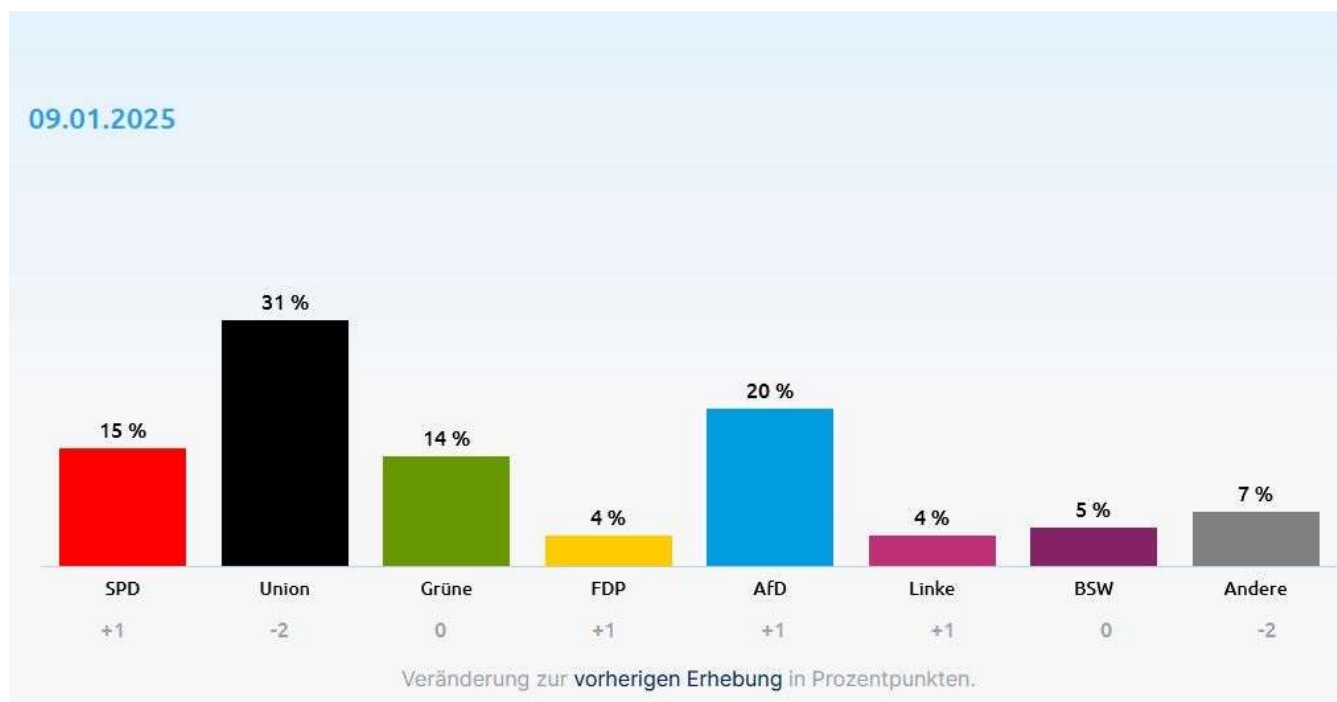
Natürlich reicht es nicht aus, nur die Stromerzeugung klimaneutral zu machen. Auf Sicht muss alles, was heute mit fossiler Energie läuft (und das sind weltweit über 80% des gesamten Energiebedarfs), auf klimaneutrale Energien umgestellt werden. E-Autos haben zurzeit einen „Durchhänger“, sodass 2024 nur knapp 17.000 neue Wagen weltweit zugelassen wurden. Ab 2027 sollen weltweit jährlich über 30 Mio. dazukommen, schätzt die IEA. Noch immer werden viele neue Verbrenner zugelassen, und zwar 2024 weltweit 60 Mio. Der Umstieg von fossilen Öl- und Gasheizungen auf Wärmepumpe

⁷ Die United States Environmental Protection Agency (EPA bzw. USEPA, deutsch Umweltschutzbehörde) ist eine unabhängige Behörde der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zum Umweltschutz und zum Schutz der menschlichen Gesundheit. (Quelle: Wikipedia)

⁸ Die Internationale Energieagentur (IEA, englisch International Energy Agency) ist eine Kooperationsplattform im Bereich der Erforschung, Entwicklung, Markteinführung und Anwendung von Energietechnologien. Außerdem verfügt die Agentur über strategische Ölreserven, mit denen sie in den Ölmarkt eingreifen kann. (Quelle: Wikipedia)

könnte die CO₂-Emissionen um 500 Mio. Tonnen jährlich reduzieren (so viel stoßen sämtliche Autos Europas jährlich aus). Derzeit heizt nur jeder zehnte Haushalt mit einer Wärmepumpe. Länder, in denen Krieg geführt wird, müssen Fabriken schließen, Menschen müssen auf Konsum verzichten und Arbeiter werden zu Soldaten. Das drückt das BIP und damit den Treibhausgasausstoß eines Landes. Das ist in gewisser Weise logisch, aber die britische Denkfabrik Conflict and Environment Observatory hat aber festgestellt, dass durch Kriege die Emissionen steigen. Auch wenn Raffinerien, Tanklager und Pipelines zerstört werden, gibt es einen Mindestbedarf an Heiz- und Treibstoff. In Syrien beispielsweise destilliert man den Sprit selbst, was extrem klimaschädlich ist. In anderen Ländern werden Wälder für Feuerholz und Holzkohle gerodet. Da der Krieg auch die Funktionsfähigkeit einer Umweltbehörde zerstört, wird der Ausstoß schädlicher Klimagase kaum noch kontrolliert. Hinzu kommt der Treibstoffverbrauch der Militärs. Panzer und Kampffjets sind extreme Spritfresser.

Sonntagsfrage zur Bundestagswahl



Quelle:
<https://www.infratest-dimap.de/>

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Im Zuge der COVID-19-Pandemie und des Überfalls von Russland auf die Ukraine stiegen die Rohstoffpreise ab ca. 2020 stark (insbesondere für Erdgas und Kohle). Nicht weniger stark für Kupfer, **Nickel**, Zinn, Zink und andere mehr. Ab Mitte 2022 normalisierten sich die Märkte und es ging abwärts. Das globale Wachstum der Elektromobilität schwächelte 2024 und der Nickelpreis sackte vom 01.01.-31.12.2024 um knapp 8%. Lithium, was in Akkus verbaut wird, sank im gleichen Zeitraum um ca. 23,4%.

Anders als Kupfer, Aluminium oder Zink beendete Nickel 2024 (in Relation zum Vorjahr) das Jahr mit einem Minus. Indonesien als weltweit größter Anbieter verdoppelte seine Förderung seit 2021 und überschwemmte die Märkte (Bestände an der LME, London; siehe auch nachstehende Tabelle). Laut Nachrichtenagentur Bloomberg will Indonesien seine Abbaumengen von 272 Mio. auf 150 Mio. Tonnen senken. Auswirkungen wird das frühestens ab Mitte 2025 haben. Bis dahin wird der Preistrend wahrscheinlich schwach sein. Die INSG (International Nickel Study Group) nennt für dieses Jahr einen Ni-Angebotsüberschuss von ca. 135.000 Tonnen.

Vom Allzeithoch des **Molybdän**-Preises aus 2023 sind wir weit entfernt. 47.000 – 50.000 US\$/Tonne ist sein stabiler Bewegungsradius.

Der Ferro-**Chrom**-Preis ist gefallen und sucht im Augenblick seine stabile Position. Auswirkungen auf den Legierungszuschlag hat das nicht.

Schrott-Preise sind die gleichen wie im Dezember 2024.

Fazit: Rohstoffe, die zur Herstellung von Edelstahl-Rostfrei benötigt werden, könnten sich in den nächsten Wochen verändern. Wenn dem so ist, dann aber ausschließlich nach unten.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
02.01.2024	1.1039	16.600	16.800	64.158	1.515
01.02.2024	1.0867	15.985	16.235	71.148	1.478
01.03.2024	1.0819	17.175	17.450	73.788	1.588
02.04.2024	1.0740	17.000	17.100	77.772	1.581
02.05.2024	1.0680	18.405	18.575	78.780	1.720
03.06.2024	1.0848	19.325	19.575	83.724	1.782
01.07.2024	1.0713	17.220	17.420	95.436	1.602
01.08.2024	1.0821	15.870	16.225	109.950	1.470
02.09.2024	1.1048	16.445	16.650	119.316	1.487
01.10.2024	1.1164	17.320	17.625	131.178	1.563
01.11.2024	1.0860	15.840	16.080	146.820	1.455
02.12.2024	1.0580	15.545	15.780	163.134	1.480
02.01.2025	1.0376	15.010	15.295	162.474	1.455
23.01.2025	1.0419	15.510	15.700	173.064	1.491

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2024		2024		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/24	973	12/24	1.039	1.069	1.077										
4301	02/24	1.951	06/24	2.313	2.115	2.118										
4404	01/24	3.161	07/24	3.810	3.504	3.522										
4509	02/24	1.243	12/24	1.313	1.342	1.350										
4521	03/24	2.048	07/24	2.220	2.216	2.238										
4539	01/24	5.595	07/24	6.940	6.225	6.253										
4571	01/24	3.200	07/24	3.860	3.548	3.566										

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2024		2024		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/24	1.168	1.283	1.246	1.196	1.292										
4301	02/24	2.341	2.538	2.776	2.384	2.542										
4310	02/24	2.212	2.397	2.603	2.252	2.401										
4404	01/24	3.793	4.205	4.560	3.793	4.226										

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2024		2024		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	07/24	400	Meh- rere	450	425											
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	10/24	1.150	05/24	1.480	1.270											
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	Meh- rere	2.160	05/24	2.480	2.220											

*) Markenname Outokumpu Nirosta